

„Wir haben Europa verloren“

ISRAELISCHE REAKTIONEN AUF DEN BESCHLUSS der VN-

GENERALVERSAMMLUNG AM 29. November 2012 IM SPIEGEL DER MEDIEN

Israelische Regierungskreise zeigten sich bestürzt über die breite europäische Unterstützung für den palästinensischen Aufwertungsantrag bei den Vereinten Nationen. Der diplomatische Erfolg von Mahmoud Abbas hat der Debatte über die Realisierbarkeit der Zwei-Staaten-Lösung neuen Auftrieb gegeben. Die Vereinigten Staaten verstärken jetzt ihr Engagement für diese Lösung und kritisieren die als Gegenmaßnahme deklarierte Genehmigung von 3.000 neuen israelischen Wohneinheiten jenseits der „grünen Linie“ als Rückschlag für den Friedensprozess.

In den israelischen Medien war die Meldung vom palästinensischen Abstimmungserfolg in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 29. November 2012 Thema Nr. 1. Die beiden englischsprachigen israelischen Zeitungen titeln in ihren Wochenendausgaben vom 30. November 2012 jeweils auf der ersten Seite „Palästina‘ erringt historische Aufwertung bei den VN“ (*Palestine‘ wins historic upgrade at UN*¹, so die eher regierungsfreundliche *Jerusalem Post*) und „Überwältigende Bestätigung Palästinas als staatliches Nicht-Mitglied durch die VN“ (*UN overwhelmingly approves Palestine as non-member state*², so die linksliberale *Haaretz*).

¹ Siehe

<http://www.jpost.com/DiplomacyAndPolitics/Article.aspx?id=294029>; bemerkenswerterweise setzt die Online-Redaktion der *Jerusalem Post* das Wort „Palestine“ nicht in Anführungszeichen.

² Online in einer gegenüber der Printversion leicht abgewandelten Fassung unter <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/in-historic-vote-palestine-becomes->

Die Frage, ob man „Palästina“ mit oder ohne Anführungszeichen schreibt, wird nicht nur von den beiden Zeitungen unterschiedlich beantwortet. In diesem scheinbaren Detail offenbart sich ein tiefer innerisraelischer Gegensatz über die Wünschbarkeit und Realisierbarkeit einer Zwei-Staaten-Lösung. Regierungskritische Kommentatoren sehen in der Kabinettsentscheidung vom 30. November, gegen den Rat engster Verbündeter den palästinensischen Schritt mit der Genehmigung von 3.000 neuen Wohneinheiten jenseits der „grünen Linie“ zu beantworten, als weiteres Indiz dafür, dass Ministerpräsident Netanjahu die Zwei-Staaten-Lösung nie wirklich gewollt habe.³

Eine diplomatische Niederlage

Besonders vermerkten die hiesigen Medien am Tag nach der VN-Abstimmung, dass viele EU-Mitgliedstaaten sich kurz vor der Abstimmung in New York unter französischer Führung überraschend auf die Seite der Befürworter des palästinensischen Aufwertungsantrags geschlagen hätten. „Wir haben Europa verloren“, gibt *Haaretz* einen ungenannten israelischen Diplomaten wieder.⁴ In einem aktuellen Beitrag für *Foreign Policy* analysieren Benjamin Weinthal, Berlin-

[non-member-un-state-with-observer-status-1.481531](http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/non-member-un-state-with-observer-status-1.481531).

³ So der Leitartikel „Israel’s punishment“ in *Haaretz* vom 2. Dezember 2012, S. 5 (online nachzulesen unter <http://www.haaretz.com/opinion/israel-s-punishment.premium-1.481805>).

⁴ Siehe Barak Ravid: „How Israel lost Europe’s support“, *Haaretz* vom 30. November 2012, S. 2 (online nachzulesen unter <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/how-israel-lost-europe-s-support.premium-1.481544>).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

MICHAEL MERTES

3. Dezember 2012

www.kas.de

www.kas.de/israel

Korrespondent der *Jerusalem Post*, und Jonathan Schanzer „Wie Israel Europa verlor“.⁵

Das schmerzt israelische Regierungsvertreter um so mehr, als noch vor Kurzem auf der rechten Seite des politischen Spektrums gespottet wurde, der friedfertige Palästinenserpräsident Abbas sei – im Gegensatz zur gewaltbereiten Hamas – einfach nur noch „irrelevant“.⁶ Seit dem Abstimmungserfolg in New York ist er international wieder ein Akteur, an dem niemand vorbeikommt.

Als besonders bitter wird in der israelischen Regierung empfunden, dass Deutschland statt der erwarteten Ablehnung schließlich nur die Enthaltung wählte. Doch kam diese Entscheidung wirklich völlig überraschend? *Haaretz* zitiert einen hochrangigen, ebenfalls ungenannten deutschen Diplomaten: Deutschland habe lange Zeit versucht, Israel in der „palästinensischen Angelegenheit“ zu helfen, doch habe Israel nicht die notwendigen Schritte getan, um den Friedensprozess voranzubringen. „Die Israelis reagierten überhaupt nicht auf unsere Bitte, in Sachen Siedlungspolitik eine Geste zu machen.“⁷

Von Deutschland enttäuscht

Im israelischen Außenministerium, so *Haaretz*, sei der Ärger über die Deutschen groß: „Der britische Positionsschwenk“, so erfuhre die Zeitung aus dem Mund eines israelischen Diplomaten, „veranlasste die Deutschen, ihr geplantes Abstimmungsverhalten zu ändern, weil sie nicht innerhalb der Europäischen Union isoliert dastehen wollten.“⁸

In der Sonntagsausgabe der *Jerusalem Post* (2. Dezember 2012) greift Benjamin Weinthal, der schon seit Längerem die deutsche

Außenpolitik auf einen israelkritischen Kurs abdriften zu sehen glaubt, die deutsche Bundeskanzlerin in ungewöhnlich scharfer Form unter der Überschrift „*Merkel's flip-flop on Israel*“ an. Ihr wiederholtes klares Bekenntnis zur deutschen Verantwortung für Israels Sicherheit wird nach Ansicht von Weinthal durch „Pirouetten“ (*flip-flops*), „wackelige Positionen“ (*wobbly positions*) und „mangelnde Beständigkeit“ (*lack of consistency*) im Blick auf den Siedlungsbau und andere für Israel wesentliche Fragen relativiert. Das deutsche Abstimmungsverhalten am Donnerstag in den VN ist für Weinthal nur der aktuellste Beleg dafür.⁹

Dem *Haaretz*-Aufmacher vom Montag, den 3. Dezember¹⁰ zufolge beteiligt sich Deutschland nicht an Überlegungen anderer EU-Mitgliedstaaten – vor allem Großbritanniens und Frankreichs –, als Reaktion auf die „Bestrafung“ der Palästinenser durch Genehmigung 3.000 neuer Wohneinheiten für israelische Siedler ihre Botschafter aus Tel Aviv zur Berichterstattung zurückzuführen. Zwischenzeitlich haben Frankreich, Großbritannien und Schweden als eine erste Maßnahme die israelischen Botschafter in Paris, London und Stockholm zur Übermittlung einer Protestnote einbestellt. Allerdings wird ein deutscher Diplomat mit der Bemerkung zitiert, Ministerpräsident Netanjahu könne sich darauf einstellen, bei den deutsch-israelischen Konsultationen am Donnerstag (6. Dezember) in Berlin „energischen Widerspruch“ (*sharp opposition*) von Bundeskanzlerin Merkel gegen diesen Siedlungsausbau zu hören.

⁹ Benjamin Weinthal: „Merkels flip-flop on Israel“, *Jerusalem Post* vom 2. Dezember 2012, S. 3 (online nachzulesen unter <http://www.jpost.com/Features/InTheSpotlight/Article.aspx?id=294227>). Weinthals Artikel konterkariert den *Reuters*-Bericht „Merkel reaffirms support for Israel after abstention on Palestinian upgrade at UN“ auf derselben Seite der *Jerusalem Post*.

¹⁰ „Britain, France may recall envoys to protest settlement construction plan“, *Haaretz* vom 3. Dezember 2012, S. 1f. (online nachzulesen unter <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/for-first-time-britain-france-may-recall-ambassadors-to-protest-israel-settlement-construction.premium-1.481963>).

⁵ „How Israel Lost Europe“, *Foreign Policy* online vom 30. November 2012 (http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/11/30/how_israel_lost_europe).

⁶ Khaled Abu Toameh: „Abbas, as irrelevant as ever“, *Jerusalem Post* online vom 21. November 2012

(<http://www.jpost.com/Defense/Article.aspx?id=292809>).

⁷ Siehe Nachw. Fußn. 4.

⁸ Siehe Nachw. Fußn. 4.

Zweifel an der Zwei-Staaten-Lösung

2013 jährt sich zum 20. Mal der Beginn des Oslo-Friedensprozesses. Inzwischen mehren sich die Stimmen, welche die in diesem Prozess angestrebte Zwei-Staaten-Lösung für tot erklären. Solche Äußerungen stammen nicht nur aus jenen Teilen der israelischen Linken, die einen bi-nationalen Gesamtstaat auf dem Boden des historischen Palästina favorisieren. Zu vernehmen sind sie auch von der rechten Seite des politischen Spektrums: Teile der israelischen Nationalisten haben die Vision eines Groß-Israel¹¹ (mit Westjordanland, ohne Gazastreifen) niemals aufgegeben – sei es aus säkular-sicherheitspolitischen, sei es aus religiös-ideologischen Gründen.

Kürzlich hatte der als moderat rechts geltende Knesset-Präsident Reuven Rivlin (Likud) bei einer Veranstaltung zum Gedenken an die Ermordung von Ministerpräsident Jitzchak Rabin (4. November 1995) durch den jüdischen Rechtsextremisten Jigal Amir Oslo für gescheitert erklärt: „Heute, fast 20 Jahre nach Oslo, können wir klar erkennen, dass die Idee, beide Nationen voneinander zu trennen, gescheitert ist. Keine der beiden Nationen war davon überzeugt und keine langfristige diplomatische Lösung wurde erreicht.“¹²

Der VN-Beschluss vom 29. November 2012 hat die Oslo-kritischen Stimmen nicht ver-

¹¹ Die Wortwahl ist nicht polemisch gemeint, sondern nur die Übersetzung von „Greater Israel“ – einem Begriff, der in der Debatte über den Anspruch Israels auf „Judäa und Samaria“ (das Westjordanland) durchaus üblich ist. Er entspricht dem hebräischen „Eretz Israel ha-Schlema“ (Das ganze Land Israel); siehe Joel Greenberg: „Pursuing Peace; Netanyahu and His Party Turn Away from ‚Greater Israel‘“, *New York Times* vom 22. November 1998 (online nachzulesen unter <http://www.nytimes.com/1998/11/22/weekinreview/the-world-pursuing-peace-netanyahu-and-his-party-turn-away-from-greater-israel.html?scp=4&sq=ariel%20sharon&st=nyt&pagewanted=1>).

¹² Siehe Lahav Harkov: „Rivlin at Knesset’s Rabin memorial: Oslo is dead. Netanyahu: All territory we left went to Iran; Barak: Bi-national state would kill Zionist enterprise“, *Jerusalem Post* online vom 28. Oktober 2012 (<http://www.jpost.com/DiplomacyAndPolitics/Article.aspx?id=289566>).

stummen lassen – im Gegenteil. Symptomatisch ist die ganzseitige *Jerusalem Post*-Analyse von Martin Sherman, dem Gründer und Geschäftsführer des „Israel Institute for Strategic Studies“¹³: „Wer auch nur ein Jota an gesundem Menschenverstand und ein Fünkchen intellektueller Redlichkeit besitzt, für den ist eines sonnenklar: Es ist unmöglich, die Palästinenserfrage durch ebenjenes Denken zu lösen, das dieses Problem erst hervorgebracht hat, nämlich durch die Idee palästinensischer Staatlichkeit. Was die Palästinenserfrage doch gerade schuf – oder sie wenigstens zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung erhob –, war Israels Anerkennung der Palästinenser als einer legitimen nationalen Rechtspersönlichkeit (*legitimate national entity*) im Zusammenhang mit Oslo. Dem entsprechend kann dieses Problem nur dadurch gelöst – oder zu seiner einstigen Bedeutungslosigkeit herabgestuft – werden, dass Israel seine Anerkennung widerruft.“¹⁴

In seiner historischen „Bar Ilan-Rede“ vom Juni 2009¹⁵ zu Beginn seiner gegenwärtigen Amtszeit hatte Ministerpräsident Netanjahu ein klares – wenn auch durch viele Vorbedingungen konditioniertes – „Ja“ zur Zwei-Staaten-Lösung gesprochen. Dieses Bekenntnis hat sich allerdings ein großer Teil seiner nationalreligiösen und säkularnationalistischen Koalitionspartner nie wirklich zu Eigen gemacht. Sherman hält die „Bar Ilan-Rede“ für einen Sündenfall, der sich nun in Form einer „diplomatischen Niederlage“ für Israel (als welche der palästinensische Abstimmungserfolg von manchen Kommentatoren gesehen wird) in New York gerächt habe. Vonseiten regierungskritischer Medien kommt die Frage, ob Netanjahu sein öffentliches „Ja“ zur Zwei-Staaten-Lösung jemals ernst gemeint habe.¹⁶

¹³ Siehe <http://www.martinsherman.net/>.

¹⁴ Martin Sherman: „Israel’s infuriating impotence“, *Jerusalem Post* vom 30. September 2012, S. 21 (online nachzulesen unter <http://www.jpost.com/Opinion/Columnists/Article.aspx?id=294033>).

¹⁵ Siehe <http://www.haaretz.com/news/full-text-of-netanyahu-s-foreign-policy-speech-at-bar-ilan-1.277922>.

¹⁶ Vgl. den Nachweis in Fußnote 3.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

MICHAEL MERTES

3. Dezember 2012

www.kas.de

www.kas.de/israel

Neue Chance für den Oslo-Prozess?

Zu einer verhalten positiven Bewertung des VN-Beschlusses gelangen linksliberale Kommentatoren. Im *Haaretz*-Leitartikel vom 30. November 2012 setzt sich Yehudit Oppenheimer, Geschäftsführerin der Nichtregierungsorganisation „Ir Amim“ kritisch mit dem Mantra auseinander, der Friedensprozess komme nur deshalb nicht voran, weil es dafür keinen Partner auf palästinensischer Seite gebe: „Die palästinensische Führung mit ihren notorisch zersplitterten Parteien findet sich im Umfeld dieses Schachzugs“ – d.h. des Aufwertungsantrags – „allmählich zusammen, und sogar der amerikanische Widerstand hat abgenommen. Diese Initiative wird voranschreiten, ob mit oder ohne uns.“

Wenn wir weiterhin der ‚Es-gibt-keinen-Partner‘-Theorie anhängen, dann wird Israel isolierter und geächteter sein als je zuvor. Doch wenn wir die Weisheit und den Weitblick aufbringen, selbst Partner zu werden, dann werden wir in der Lage sein, die Initiative zu einer zweiseitigen Angelegenheit zu machen und den politischen Diskurs zu erneuern.“¹⁷

Auswirkungen auf den Knesset-Wahlkampf

Die Knesset-Wahlen am 22. Januar 2013 liegen noch in weiter Ferne. So stellt es sich jedenfalls aus israelischer Sicht dar. Hier gehört es zu Normalität, dass unvorhergesehene äußere Ereignisse plötzliche Themenwechsel erzwingen, innenpolitische Allianzen über Nacht vereinbart oder aufgekündigt werden und Parteien (die oft – wie im Fall der neuen Partei „Die Bewegung“ von Tsipi Livni – eher den Charakter von Gefolgschaften einer charismatischen Führungsfigur haben) kommen und gehen.

So zitiert Gil Hoffman, politischer Chefkorrespondent der *Jerusalem Post*, in einer

¹⁷ Yehudit Oppenheimer: „It’s not an anti-Israeli step“, *Haaretz* vom 30. November 2012, S. B4 (online nachzulesen unter <http://www.haaretz.com/opinion/the-palestinians-un-bid-is-not-an-anti-israel-step.premium-1.481590>).

ausführlichen Analyse der innenpolitischen Lage am Ende einer ereignisreichen Woche die Feststellung eines Demoskopens, die Israelis seien „verwirrter denn je“ (*more confused than ever*). Die Zahl der unentschlossenen Wähler habe dramatisch zugenommen. Rund 20 Prozent der Wahlberechtigten wüssten nicht, welche Partei sie am 22. Januar nächsten Jahres wählen sollen.¹⁸

Dennoch zeichnen sich einige Konstanten ab:

1. Der zunehmende **innenpolitische Reformstau**, den die Parteien links von der Mitte thematisieren wollten, ist völlig in den Hintergrund getreten. Statt der „weichen“ Themen dominieren seit dem Ende der gegen den ständigen Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen gerichteten Operation „Säule der Verteidigung“ (14.-21. November) Fragen der inneren und äußeren Sicherheit. Das pro-palästinensische Votum der VN-Generalversammlung wird daran nichts ändern – es könnte sogar eine ablehnende Einstellung in Teilen der politischen Klasse und der Bevölkerung verstärken. Darauf deutet der postwendende Kabinettsbeschluss zum Siedlungsweiterbau hin, mit dem die palästinensische Seite „bestraft“ werden soll.

2. Das **wechselseitige Misstrauen zwischen Israelis und Palästinensern** ist nach wie vor enorm. Auf beiden Seiten werden dem Gegenüber Vertreibungs- und Vernichtungsabsichten unterstellt. So hat der von den KAS-Büros in Jerusalem und Ramallah unterstützte „Joint Israeli Palestinian Poll“ vom September 2012 ergeben, dass 56 Prozent der israelischen Juden glauben, die Palästinenser wollten das Gebiet des Staates Israel (zurück-)erobern; etwas über 40 Prozent fürchten sogar, die Palästinenser planten, einen Großteil der jüdischen Bevölkerung in Israel zu vernichten.

¹⁸ Gil Hoffman: „Myths and facts about a dizzying week in Israeli politics. Likud goes to Right? Center-Left goes to pieces?“, *Jerusalem Post* vom 30. November 2012, S. 13 u. 15 (online nachzulesen unter <http://www.jpost.com/Features/FrontLines/Article.aspx?id=294067>).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

MICHAEL MERTES

3. Dezember 2012

www.kas.de

www.kas.de/israel

Umgekehrt glauben über 81 Prozent der Palästinenser, Israel wolle das Westjordanland annektieren. Ein knappes Viertel der Befragten meint, Israel werde den Arabern in der annektierten Westbank die Bürgerrechte verweigern; 58 Prozent glauben sogar, Israel werde die Palästinenser aus der Westbank vertreiben.¹⁹

3. So volatil die Zustimmungswerte für die einzelnen zur Wahl stehenden Parteien auch sein mögen, die israelischen Meinungsumfragen weisen seit Wochen eine **deutliche Mehrheit für die Parteien rechts von der Mitte** aus. Sie würden 65 Sitze in der 120-köpfigen Knesset erringen, die Parteien der Mitte und links von der Mitte dagegen nur 55.²⁰ Die oppositionellen Gruppierungen und Führungsfiguren sind untereinander zerstritten. Gil Hoffman zufolge erzählen Netanjahus Mitarbeiter, ihr Chef liebe es, dem Zank im Mitte-Links-Block zuzuschauen (*he loves watching the Center-Left spar with itself*).

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass sich dieser Block wenigstens im Blick auf den Fortgang des Friedensprozesses auf eine gemeinsame Linie für die Zeit nach der Knesset-Wahl einigen könnte. Soweit ersichtlich, war der ehemalige israelische Ministerpräsident Ehud Olmert (Kadima, Amtszeit 2006-2009), der inzwischen allerdings wohl kein Comeback in die israelische Politik mehr plant, die einzige namhafte Stimme aus diesem Kreis, die den palästinensischen Aufwertungsantrag als „vereinbar mit der Zwei-Staaten-Lösung“ bewertete.²¹

¹⁹ Siehe http://www.kas.de/wf/doc/kas_32140-1522-1-30.pdf?120927163326, S. 12f/V25.

²⁰ Siehe die Dokumentation aller einschlägigen Meinungsumfragen bei *Jeremy's Knesset Insider* (<http://knessetjeremy.com/category/knesset/polls/>).

²¹ Siehe etwa „Olmert: No reason to oppose Palestinian UN bid“, *ynetnews.com* vom 29. November 2012 <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4313186,00.html>.

Verstärktes US-Engagement

Allerdings hat die Obama-Administration unmittelbar nach der New Yorker Abstimmung deutlich gemacht, dass sie mit neuer Energie daran gehen wird, Palästinenser und Israelis wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die *Jerusalem Post* zitiert US-Außenministerin Hillary Clinton mit einer Art Vier-Punkte-Programm für den Nahen Osten, aus dem hervorgeht, dass die Vereinigten Staaten die Lösung des Konflikts als Teil einer regionalen Strategie für die nähere Zukunft betrachten. Es gehe jetzt, so Clinton, darum

- (1) zu verhindern, dass der Iran Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen erlangt;
- (2) den Waffenstillstand mit Gaza zu verstetigen;
- (3) die Zwei-Staaten-Lösung durch Verhandlungen in Angriff zu nehmen;
- (4) den demokratischen Wandel in der arabischen Welt zu unterstützen.

„Abbas“, so meinte Hillary Clinton, „hat diese Woche einen Schritt in die falsche Richtung gemacht. Wir waren gegen diesen Antrag. Aber wir müssen auch sehen, dass die PA in der Westbank die besten Chancen bietet, eine Zwei-Staaten-Lösung zu verwirklichen.“²²

Ebenso deutlich wandte sich die US-Außenministerin kurze Zeit später gegen den Beschluss des israelischen Kabinetts, als Gegenmaßnahme 3.000 neue israelischen Wohneinheiten jenseits der „grünen Linie“ zu genehmigen: „Diese Aktivitäten“ – gemeint waren anscheinend sowohl der israelische als auch der palästinensische Alleingang – „sind ein Rückschlag für einen Verhandlungsfrieden.“ Sie fügte hinzu: „Wir

²² „US presses PA to return to talks after UN bid“, *Jerusalem Post* online vom 30. November 2012 (<http://www.jpost.com/DiplomacyAndPolitics/Article.aspx?id=294158>).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

MICHAEL MERTES

3. Dezember 2012

www.kas.de

www.kas.de/israel

müssen die Palästinenser davon überzeugen, dass direkte Verhandlungen mit Israel nicht nur der beste, sondern auch der einzige Weg zu jenem unabhängigen Staat sind, den sie verdienen.“²³ Davon, dass die Palästinenser einen unabhängigen Staat verdienen, wird sie ihre israelischen Gesprächspartner allerdings erst noch überzeugen müssen.

Das Manuskript wurde abgeschlossen am 3. Dezember 2012, 09.00 Uhr OZ.

²³ Siehe „Clinton criticizes Israel's announcement of construction beyond Green Line, while slamming PA's moves at UN“, *Jerusalem Post* vom 2. Dezember 2012, S. 3 (online nachzulesen unter <http://www.jpost.com/DiplomacyAndPolitics/Article.aspx?id=294249>).